

Kurzmeldungen

Im September hat der SLORC **neun Dissidenten**, darunter fünf Studenten, wegen der Produktion von regierungsfeindlichen Flugblättern zu zehn und sechs Jahren **Gefängnis verurteilt**. Zudem soll mehr als 100 weiteren oppositionellen Politikern der Parlamentssitz entzogen werden. *NR 17.10.92*

Der SLORC hat weitere **83 politische Gefangene freigelassen**. Die Zahl der seit April freigelassenen Gefangenen hat sich damit auf fast 1000 erhöht, unter denen jedoch viele Kriminelle und wenig politische Gefangene sein sollen. *BP 30.10.92*

Das Europaparlament hat in einer Resolution auf die Situation von ca. **40.000 burmesischen Zwangsprostituierten** in Thailand aufmerksam gemacht. Die EG hat ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Sex-Tourismus zu beenden. *BP 31.10.92; NR 31.10.92*

Frederico Mayor, Generaldirektor der UNESCO (UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), hat mit Col. Kyi Maung, Vizeminister für Bildung und Erziehung, im September in Paris über die Entsendung von **UNESCO-Experten für eine Kooperation** mit burmesischen Fachleuten im Erziehungsbereich verhandelt. *The Burma Focus, Oct. 92*

Eine Delegation der Militärregierung, führte unter Leitung Col. Kyi Maung, Vizeminister für Bildung und Erziehung, Gespräche mit der Londoner Open University über **Möglichkeiten eines Fernstudiums für burmesische Studenten** und Studentinnen an der englischen Hochschule. *The Burma Focus, Oct. 92*

Thailands Krung Thai Bank hat als **erste ausländische Bank** vom SLORC die Genehmigung erhalten, eine Niederlassung in Rangun zu eröffnen. *FEER 19.11.92*

Aung San Suu Kyis Situation bedrohlich

Die Lage Aung San Suu Kyis, die seit mehr als drei Jahren unter Hausarrest steht, hat sich verschlechtert. Die führende Oppositionspolitikerin lebt ausschließlich von ihren Ersparnissen, die nun fast aufgebraucht sind. Ihrem Ehemann Michael Aris teilte sie in einem Brief mit, daß sie jede Hilfe ablehne, da es ihre Haft nur verlängern würde. Aung San Suu Kyi forderte das Militärregime erneut auf, einen ersten Dialog zu beginnen, nicht nur um ihretwillen, aber insbesondere um einen Weg in Richtung Frieden und Wohlstand für ihr Land zu finden.

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) schließt weiterhin ihre Freilassung aus; es sei denn, Suu Kyi verlasse das Land.

vgl. BP 25.10.92; Presseerklärung von Michael Aris, 30.11.92

Der SLORC verteidigt sich auf der UN-Generalsammlung

Ohn Gyaw, Außenminister des SLORC, verkündete am 5. Oktober vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine landesweite Aussetzung der Militäroffensiven gegen die Truppen der ethnischen Minderheiten. Der SLORC wolle damit den ethnisch bedingten Bürgerkrieg befrieden. Als Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Junta verwies er darauf, daß SLORC vor kurzem die Genfer Konventionen von 1949 unterzeichnet habe.

Burmas Unterzeichnung der 1949er Konventionen sei jedoch "bedeutungslos", so Dr. Sein Win vor der Presse bei den UN, da Burma sich nicht im Krieg mit dem Ausland befinde. "Wenn sie sich ernsthaft den Menschenrechten verpflichtet fühle, hätte die Militärregierung die beiden Genfer Protokolle von 1977 über den Schutz der Rechte von Opfern internationaler Konflikte und von Bürgerkriegen unterzeichnen sollen", führte der Premierminister der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB) aus.

Die Aussetzung der Offensiven gegen die ethnischen Truppen sei der übliche Ge-



Aung San Suu Kyi befindet sich im Hungerstreik

Titelbild ihrer Veröffentlichung 'Freedom from Fear and Other Writings', London 1991

fechtsstopp bei Beginn der Regenzeit (im April) gewesen, so Dr. Sein Win. Mittlerweile wird der Krieg gegen die Karen, Karenni und Mon in unverminderter Stärke fortgesetzt.

Ohn Gyaw betonte in seiner Rede, daß die internationale Kritik wegen grober Menschenrechtsverletzungen in Burma ungerechtfertigt seien. Burma habe sowohl die Abgesandten des UN-Flüchtlingskommissariats empfangen und werde auch den für Burma ernannten Berichterstatter für Menschenrechte empfangen. Es seien seit April viele Schritte in Richtung einer Demokratisierung unternommen worden. Innerhalb eines festen Zeitplans würde eine Nationalversammlung abgehalten, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll.

Dr. Sein Win beklagte, die Veränderungen seien nur kosmetischer Natur. Die Junta habe kein Mandat, eine Nationalversammlung einzuberufen, zudem befinde sich die Führungsspitze der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), darunter Aung San Suu Kyi, noch in Haft und mehr als 100 gewählte Politiker seien aus dem politischen Leben verbannt worden.

vgl. MDA 13.10.92; NR 7.10.92; The Burma Focus, 10/92

Die Vereinten Nationen und Zwangsarbeit in Burma

Burmesische Flüchtlinge berichten, "hunderte ihrer Landsleute werden zur Sklavenarbeit" im Rahmen von Projekten der Militärregierung gezwungen. Zwangsarbeit ist kein neuer Vorwurf gegen den SLORC; die Programme zur "Entwicklung der Grenzregionen" und das "Nationalitätenprogramm", von denen die Flüchtlinge berichten, werden jedoch vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt.

Der Übergangsvertreter des UNDP in Rangun bestritt die Vorwürfe. Der UNDP unterstützt noch mehrere Projekte des SLORC in den Gebieten der ethnischen Minderheiten. Flüchtlinge aus den Gebieten der Karenni und der Shan werfen dem SLORC auch Zwangsumsiedlungen vor. Die Bewohner werden aus ihren Dörfern in Lager gebracht, wo ihnen die Lebensgrundlagen fehlen.

vgl. AW 23.10.92

SLORC lehnt Vermittlungsangebot Australiens ab

Der australische Außenminister Gareth Evans bot Ohn Gyaw, dem Außenminister Burmas an, Australien sei bereit, ein Gespräch mit der Opposition zu initiieren. Australien könne dabei als neutraler Verhandlungsort dienen. Während der UN-Generalversammlung führte Evans Gespräche mit beiden Kriegsparteien. Die Nationale Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB) und die Demokratische Allianz Burmas (DAB) reagierten positiv auf das Angebot. Der UN-Botschafter des SLORC lehnte jedoch Verhandlungen als undenkbar ab, solange die Opposition außerhalb der Gesetze stehe.

vgl. BP 19.10.92; NR 19., 20.10.92

Aufgrund eines Mißverständnisses hatten im Oktober Soldaten der Tatmadaw 12 Thailänder verhaftet, die in offizieller Mission nach Burma einreisten, um thailändische Gefangene auszulösen. Der Vorfall hat die schon angegriffene Beziehung beider Länder verschlechtert. Das thai-burmesische Regionale Grenzkomitee versuchte im Anschluß an den Vorfall erfolglos, strittige Grenzfragen zu klären. Ein Kommandeur der thailändischen Armee ging davon aus, die Grenzprobleme wären schon lange zu einem bilateralen Konflikt eskaliert, wenn die ethnischen Widerstandsgruppen nicht als "Puffer" dienten.

vgl. AW 23.10.92; MDA 13., 21.10.92; BP 20.9.; 4., 7., 9.10.92; NR 9., 23.10., 21.11.92

Studenten in Thailand

80 Studenten haben am 18. September in Bangkok vor der Vertretung des burmesischen Militärattachés gegen ihre zwangsweise Unterbringung im sog. Sicherheitslager in Ratchaburi protestiert. Die Studenten forderten eine Aufschubung von zwei bis drei Monaten und Gespräche mit dem thailändischen Innenminister. Außerdem forderten sie die Garantie, daß kein Student abgeschoben wird. Anfang des Jahres hatte das thailändische Innenministerium mehr als 1.300 Studenten zeitlich befristete Ausweispapiere ausgestellt, die am 5. November ablaufen.

Von diesen 1.300 (1.800 nach anderen Angaben) konnten nur 516 ihren Status als Studenten und Studentinnen nachweisen. 220 gelten als politische Asylsuchende, die übrigen passen in keine der Kategorien. Sie müssen mit einer Abschiebung nach Burma rechnen. Die Menschenrechtsorganisation Asia Watch hat in Frage gestellt, warum Thailand vom Status "Student" eine Duldung abhängig mache. Der Direktor des Innenministeriums betonte, nach dem 26. November werde die Polizei alle Studenten außerhalb des Lagers als illegale Immigranten verhaften, es sei denn, es gebe einen Kurswechsel in der Regie-

rungepolitik. Die Studenten kämpfen währenddessen weiter um ihre Anerkennung als politische Aktivisten, um den Kampf gegen die burmesische Militärregierung von Thailand aus weiterführen zu können. Bis zum 10. November haben sich nur 20 Studenten registrieren lassen.

Die Menschenrechtsorganisation Asia Watch äußerte sich besorgt über die 40 Studentinnen, die in dem Lager untergebracht werden sollen. Asia Watch befürchtet einerseits sexuelle Übergriffe von Sicherheitsbeamten, aber auch von anderen Männern im Lager.

vgl. BP 19.9.92, NR 22.10.; 10.11.92

SLORC will an der Macht festhalten

Die Militärregierung hat am 2. Oktober die Gründung einer Verfassungskommission bekanntgegeben. Diese ist ermächtigt, die Delegierten für die Verfassungsverammlung, die am 10. Januar 1993 stattfinden soll, zu bestimmen. Diese Versammlung soll grundlegende Prinzipien für eine neue Verfassung festlegen. Allerdings sind keine der ethnischen Widerstandsgruppen vertreten.

10 der 18 Kommissionsmitglieder sind hohe Militäroffiziere, die übrigen sind Offiziere im Ruhestand oder ehemalige Mitglieder von Ne Wins Burma Socialist Program Party.

Oberst Ye Htut, Sprecher des Regimes, sagte westlichen Journalisten, das Militär werde auch in Zukunft eine führende Rolle spielen, um einen Zerfall des Landes wie in Jugoslawien oder der Sowjetunion zu verhindern. Die staatliche Zeitung Working People's Daily verkündete in ihrer burmesisch-sprachigen Ausgabe, da politische Parteien machtbesseren seien, werde das Militär die politische Führung stellen. Diplomaten in Rangun halten eine künftige militärische Dominanz ähnlich wie in Indonesien oder bis vor kurzem in Thailand für möglich.

vgl. AW 16.10., 20.11.92; BP 5., 8.10.92; The Burma Focus 10/92; FEER 19.11.92; NR 4., 15.10.92

Kurzmeldungen

Offiziere sollen für Ende 1991 ein **Attentat auf Geheimdienstchef** Maj.-Gen. Khin Nyunt **geplant** haben. Laut Quellen, die sich im Land versteckt halten, sollen die Offiziere die prodemokratische Opposition informiert haben, um eine Machtübernahme zu ermöglichen. Die Opposition habe jedoch gefürchtet, das Militär werde zu schrecklichen Verhaftungsmaßnahmen greifen. BP 16.11.92; AW 27.11.92

Petro-Canada hat den Vertrag zur Erschließung von Ölfeldern **nicht erneuert**. Die dreijährige Suche sei "enttäuschend" gewesen. Offiziell nicht verlautbart wurde, daß kanadische Burma-Aktivisten Petro-Canadas Investitionen massiv kritisiert und die Firma durch eine Fax-, Brief- und Anrufoffensive unter Druck gesetzt haben.

FEER 19.11.92, eigene Quellen

Durch den steigenden **Drogenkonsum im "Goldenen Dreieck"**, breite sich **AIDS** mit "erschreckender Geschwindigkeit" in Südostasien aus, stellten Gesundheitsexperten auf einer Konferenz in Kunming (China) fest. Der zunehmende Gebrauch von Injektionsnadeln begünstige die rapide Ausbreitung des HIV-Virus. In Burma waren im Juni 1992 4.200 mit dem Virus Infizierte und 16 Aids-Kranke registriert. Dies sei nur die Spitze des Eisberges, so Dr. Myo Thet Htoon, Organisator des nationalen Aids-Programms Burmas. NR 2.10.92

Deutschland hat für die burmesischen Flüchtlinge in Bangladesh eine **Lebensmittelhilfe** im Wert von US\$ 1,26 Mio. **bewilligt**. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hatte an die Internationale Gemeinschaft appelliert, für die 265.000 (300.000 nach inoffiziellen Angaben) Flüchtlinge Geld, Lebensmittel und Medikamente bereitzustellen.

MDA 4.11.92